

SOLIDARITÄT

Die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt

Lohnsteuer gesenkt

Stark gemacht. Seite 4

IN DIESEM HEFT:

- Arbeit und Sport bei Kälte
- Buchtipp: Menschenrechte
- Hasspostings mit Folgen

DABEI SEIN MACHT STARK

ÖGB
www.oegb.at



REPORTAGE

In der Fabrik „Mondi“ wird Papier vollautomatisch erzeugt.
Seiten 10–12



RECHTSFALL

Zahnärztin kündigt Mitarbeiterin über WhatsApp-Messenger.
Seite 14



SERVICE

Aktuelle Informationen aus dem Burgenland, Niederösterreich und Wien.

KOMMENTAR

ÖGB-Präsident Erich Foglar über die Steuerreform 3

TOPSTORY

Fakten und Infos zur Steuerreform 4-7

ARBEIT & POLITIK

Meldungen, Kommentar 9
Aktuelles aus der Region 13

REPORTAGE

Papierfabrik Mondi 10-12

RECHTSFALL

Kündigung via WhatsApp 14

PORTRÄT

Schneepflugfahrer 15

SERVICE

Aktuelle Informationen 16-18
Arbeit und Sport bei Kälte 19
Kochen 20

REGIONALES

Aktuelles, Beratung, Angebote 21

SERVICE/UNTERHALTUNG

Buchtipps 22
Hasspostings im Internet 22
Rätsel mit Gewinnspiel, Cartoon 23

ADRESSÄNDERUNGEN

Tel.: 01/534 44-39100

Montag-Donnerstag 8-16.30 Uhr,
Freitag 9-12 Uhr
oder unter service@oegb.at



Basiskonto für Arme



Ein „BASISKONTO“ soll künftig auch sozial und wirtschaftlich benachteiligten Menschen ermöglichen, am Zahlungsverkehr teilzunehmen. Derzeit gibt es rund 150.000 Personen in Österreich, die kein Konto besitzen. Ab Herbst 2016 soll es einen Rechtsanspruch auf ein solches Basiskonto geben. Österreich setzt damit eine Vorgabe der Europäischen Union (EU) um. Ein entsprechendes Gesetz befindet sich noch in Begutachtung. Das neue Basiskonto soll Funktionen wie etwa Überweisungen für Miete, Strom, Wasser, Telefon, Empfang von Zahlungen bieten und auch mit einer Bankomatkarte verbunden sein. Lediglich einen Überziehungsrahmen wird es nicht geben.

„Gezielte Verunsicherung“



EMPÖRT über die jüngste Diskussion zu Pensionen zeigt sich Werner Thum, Vorsitzender der ÖGB-PensionistInnen: „Da beauftragt der Finanzminister eine neue Expertengruppe, sich das Pensionssystem anzusehen, diese spielt ihr Papier den Medien zu und der Finanzminister, aber auch der Vizekanzler tun umgehend so, als wären sie mit den Vorschlägen gar nicht einverstanden und wollten alles ganz anders.“ Thum ist sicher, dass diese Vorgangsweise die Menschen gezielt verunsichern soll. „Wer bei der erstbesten Gelegenheit ältere Beschäftigte auf die Straße setzt und gleichzeitig klagt, dass alle viel zu früh in Pension gehen, verhöhnt die Menschen.“

KURZ UND BÜNDIG



BESSERE VEREINBARKEIT

Ein neues Paket verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und somit auch die Situation der Frauen am Arbeitsmarkt. Damit wurden langjährige Forderungen der ÖGB-Frauen, wie etwa Kündigungsschutz nach einer Fehlgeburt oder Karenzanspruch für Pflegeeltern ohne Adoptionsabsicht, umgesetzt. Auch eine Verkürzung der Elternteilzeit konnte verhindert werden. Mehr Infos zu Frauenthemen: www.oegb.at/frauen

ZIELPUNKT I: GELD KOMMT

Zumindest eine gute Nachricht gab es für die Zielpunkt-Beschäftigten. Der Insolvenz-Entgeltfonds konnte bis Weihnachten die offenen November-Gehälter sowie das Weihnachtsgeld auszahlen. AK und ÖGB haben offene Forderungen in der Höhe von 5,4 Millionen Euro für die Betroffenen eingebracht. Der Masseverwalter, Anwalt Georg Freimüller, hat bereits alle Ansprüche anerkannt.

ERICH FOGLAR, ÖGB-Präsident, über Entlastung und Aufschwung

GERECHTIGKEIT UND FAIRNESS



© Michael Mazohl

Auch wenn die Skepsis groß war: Spätestens Ende Jänner sehen Österreichs ArbeitnehmerInnen schwarz auf weiß, dass die Steuerreform kein leeres Versprechen ist. Dass eine Lohnsteuersenkung machbar ist, die weder das Budgetdefizit erhöht, noch das Wirtschaftswachstum gefährdet, haben wir mit unserer Kam-

pagne „Lohnsteuer runter!“ deutlich gezeigt. Unser Ziel war die Entlastung derjenigen, die den Großteil der Steuerbelastung schultern, und gemeinsam haben wir die größte steuerliche Entlastung seit 40 Jahren initiiert.

Über 90 Prozent des Volumens von fünf Milliarden Euro entfallen auf Klein- und MittelverdienerInnen, also auf ArbeitnehmerInnen, die weniger als 4.500 Euro brutto monatlich verdienen. Und gerade diese Menschen brauchen das Geld dringend, denn während die Löhne und Gehälter im letzten

Jahrzehnt im Schnitt um knapp drei Prozent pro Jahr gestiegen sind, waren es bei den Gewinnen und Vermögen 4,5 Prozent jährlich. Trotz erfolgreicher Lohnrunden, die den ArbeitnehmerInnen mehr Bruttoeinkommen sichern, mussten viele netto einen Verlust hinnehmen (nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeträgen). Deshalb wollten wir auch eine faire Entlastung für die ArbeitnehmerInnen, die den größten Teil der Steuerlast tragen.

»Steuerreform ist kein leeres Versprechen.«

Wir leben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, eine Stärkung der Kaufkraft könnte wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen. Aber dem ÖGB war es nicht nur wichtig, eine Schieflage im Steuersystem zu begradigen, sondern auch darauf zu pochen, dass sich die ArbeitnehmerInnen die Entlastung nicht selbst bezahlen. Nur eine starke Gewerkschaftsbewegung kann gewährleisten, dass die ArbeitnehmerInnen bekommen, was ihnen zusteht.

KURZ UND BÜNDIG



© Bernhard Schramm/picturedesk.com

ZIELPUNKT II: LEHRLINGE WERDEN ÜBERNOMMEN

Zielpunkt-Lehrlinge können ihre Ausbildung bei einer der anderen Supermarktketten Österreichs fortsetzen. Die Geschäftsleitungen der Handelsunternehmen Rewe, Spar, Hofer und Lidl haben bereits ihre Zusage für die Übernahme der Zielpunkt-Lehrlinge gegeben. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Sozialminister Rudolf Hundstorfer betonten: „Keiner der 69 Lehrlinge von Zielpunkt muss sich Sorgen machen, dass er oder sie aufgrund der Insolvenz ihres Arbeitgebers ihre Lehre abbrechen müssen. Sie können ihre Ausbildung im Lebensmittelhandel in einer der anderen Supermarktketten fortsetzen.“



© 123rf.com

FINANZTRANS- AKTIONSSTEUER

Der Europäische Gewerkschaftsbund begrüßt die grundsätzliche Einigung einiger EU-Finanzminister, an der geplanten Finanztransaktionssteuer festzuhalten, und wird weiter Druck machen, damit Europa Geld einnimmt, das in die Wirtschaft investiert werden kann. www.etuc.org



© 123rf.com

SPASS IM SCHNEE

ÖGB-Mitglieder und deren Familienangehörige profitieren von Ermäßigungen beim Skifahren in Salzburg und Oberösterreich. Alle Angebote und nähere Informationen zu Skigebieten und Preisen finden Sie online unter:

www.mitgliederservice.at

Lohnsteuer gesenkt– Gemeinsam stark gemacht!

Seit mehr als 70 Jahren setzen sich ÖGB und Gewerkschaften erfolgreich für die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein. Mit großartiger Unterstützung der BelegschaftsvertreterInnen und 882.184 gesammelten Unterschriften konnte vergangenes Jahr eine Lohnsteuersenkung erkämpft werden, die am 1. Jänner 2016 in Kraft getreten ist. Das heißt, Millionen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen werden künftig mehr Geld auf das Konto bekommen. Geld, das viele Menschen dringend brauchen. Von den Miet- und Heizkosten über Medikamente bis hin zum täglichen Einkauf – alles wird teurer. Insgesamt sollen die ÖsterreicherInnen um bis zu fünf Milliarden Euro entlastet werden – 90 Prozent davon entfallen auf kleine und mittlere Einkommen.

Die Steuerreform ist nur ein Beispiel dafür, wie wichtig starke Gewerkschaften und BetriebsrätInnen sind. Sie beweist, dass eine Gemeinschaft viel mehr bewirken und erreichen kann als eine Einzelne oder ein Einzelner.

Die „Solidarität“ liefert seriöse Fakten, aktuelle Hintergrundinformationen und erklärt alles, was sich durch die Steuerreform konkret für Sie ändert.

*Text: Amela Muratovic, Florian Kräftner
Foto: Markus Zahradnik*

9 Fragen und Antworten zur Steuerreform

1. Was bewirkt die Steuerreform?

Steuerpflichtige in Österreich werden um bis zu 5 Milliarden Euro entlastet. 90 Prozent der Entlastung fallen auf kleinere und mittlere Einkommen. Für ArbeitnehmerInnen, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohnsteuer zahlen müssen, wird die Negativsteuer auf maximal 400 Euro (500 Euro, wenn Anspruch auf das Pendlerpauschale besteht) anstelle von bisher 110 Euro angehoben.

2. Welche Änderungen betreffen die PensionistInnen?

Für PensionistInnen gelten die gleichen, niedrigeren Steuersätze wie für ArbeitnehmerInnen. Erstmals können auch PensionistInnen eine Negativsteuer von bis zu 110 Euro jährlich beantragen.

3. Ändern sich die Absetz- und Freibeträge?

Künftig gibt es nur noch den Verkehrsabsetzbetrag in der Höhe von 400 Euro jährlich (bisher: Verkehrsabsetzbetrag von 291 Euro und ArbeitnehmerInnenabsetzbetrag von 54 Euro). Bei Anspruch auf Pendlerpauschale und weniger als 12.200 Euro Jahreseinkommen erhöht sich der Verkehrsabsetzbetrag auf 690 Euro. Der Kinderfreibetrag wird von 220 auf 440 Euro erhöht, nehmen ihn jedoch beide Elternteile in Anspruch, erhöht sich dieser auf 300 Euro im Jahr pro Person (bisher 264 Euro).

4. Umsatzsteuer: Werden die ArbeitnehmerInnen zur Kasse gebeten?

Bei einigen Produktgruppen wird der Umsatzsteuersatz von zehn auf 13 Prozent erhöht, darunter fallen z. B. Brennholz, Eintritte für Bäder, Beherbergungsbetriebe, Museen oder Kino. Andere Waren und Dienstleistungen

behalten den Steuersatz von zehn Prozent, unter anderem Lebensmittel, Mieten und Medikamente.

5. Was ändert sich bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung ab 2016?

Die ArbeitnehmerInnenveranlagung für das Jahr 2015 muss noch beantragt werden. Die automatische Veranlagung erfolgt ab 2017 für die ArbeitnehmerInnenveranlagung 2016.

6. Welche Sonderausgaben werden ab 2016 noch berücksichtigt?

Prämien für private Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungen sowie Aufwendungen zur Wohnraumschaffung und -sanierung können nur noch dann bis 2020 abgeschrieben werden, wenn die Verträge spätestens 2015 abgeschlossen bzw. die Bauausführungen noch 2015 begonnen wurden. Die Sonderausgabenpauschale in der Höhe von 60 Euro pro Jahr bleibt ebenfalls noch bis 2020 bestehen.

7. Wird das Bankgeheimnis abgeschafft?

Künftig wird ein zentrales Bankkontenregister angelegt. Bei Finanzprüfungen von Unternehmen dürfen Konten bei Banken abgefragt werden. Die Finanz wird nicht im Zuge von ArbeitnehmerInnenveranlagungen in Konten von ArbeitnehmerInnen schnüffeln. Zusatzinformation: Jede/r Steuerpflichtige hat das Recht, über FinanzOnline abzufragen, welche Daten von ihm in das Kostenregister aufgenommen wurden, und ist im Fal-

le einer durchgeführten Einsicht über FinanzOnline zu informieren.

8. Steigen die Mieten durch die Anhebung der Immobilienertragssteuer?

Die Immobilienertragssteuer wurde im Jahr 2012 eingeführt – nun wird sie von 25 auf 30 Prozent erhöht. Sie bezieht sich auf Einkünfte bei Verkäufen von Immobilien und hat nichts mit den Mieteinnahmen zu tun. Ausgenommen von dieser Steuer bleibt weiterhin der Verkauf des Hauptwohnsitzes.

9. Ist das Vererben eines Hauses jetzt teurer?

Während die Besteuerung für ein durchschnittliches Einfamilienhaus von ArbeitnehmerInnen günstiger wird, werden teurere Liegenschaften in Zukunft höher besteuert.



Danke an die mehr als 882.000 UnterstützerInnen! Gemeinsam haben wir Druck gemacht. Die Lohnsteuersenkung ist da.

INTERVIEW /// Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB

NACH DER STEUERREFORM IST VOR DER STEUERREFORM



© Michael Mazohl

Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, erklärt, warum die Steuerreform nachhaltig abgesichert werden muss, und was passieren muss, wenn sich die Gegenfinanzierung nicht ausgeht.

Die Lohnsteuer-Entlastung hat der ÖGB durchgesetzt. Ist das Thema Steuern jetzt erledigt?

Fürs Erste ist die niedrigere Lohnsteuer unter Dach und Fach, dank der 882.184 Unterstützungsunterschriften. Allen ArbeitnehmerInnen bleibt jetzt mehr von ihrem Bruttoeinkommen, und die PensionistInnen profitieren ebenso. Aber das gilt nicht für immer und ewig. Die Erfahrung der bisherigen Steuerreformen zeigt, dass der Effekt nach ein paar Jah-

ren wegen der „kalten Progression“ wieder verpufft ist, und dann wird bald die nächste Reform fällig. Und dann brauchen wir wieder starke Gewerkschaften mit vielen Mitgliedern.

Kalte Progression?

Kalte Progression entsteht dadurch, dass ArbeitnehmerInnen nach den jährlichen Lohnrunden in höhere Steuerklassen vorrücken und damit mehr Lohnsteuer zahlen, auch wenn ihr Einkommen wegen der Inflation gar nicht an Kaufkraft gewinnt.

Könnte man eine Steuerreform nicht gleich so gestalten, dass sie auch dauerhaft wirkt?

Genau das wurde im ÖGB/AK-Modell für die Steuerentlastung vorgeschlagen: Sobald die kalte Progression einen gewissen Grad erreicht, soll die Politik gezwungen sein, Maßnahmen zu setzen.

Also eine Art Automatik?

Nein, die Entscheidung, was geschehen soll, muss bei PolitikerInnen bleiben, sie

darf nicht reines Ergebnis einer Computerberechnung sein. Denn es muss auch ein gewisser Spielraum bleiben, wer um wie viel entlastet werden soll. Also dass zum Beispiel Menschen mit niedrigeren Einkommen stärker entlastet werden. Mit Steuern kann und muss man auch steuern, wie es weitergeht.

Die Lohnsteuer-Entlastung soll unter anderem durch Registrierkassenpflicht und durch Steuer- und Sozialbetrugsbekämpfung gegenfinanziert werden. Wird sich das ausgehen? Oder wird der Staat zu wenig Steuereinnahmen haben, und das nächste Sparpaket droht?

Wir haben immer gefordert, dass sich die Beschäftigten ihre Entlastung nicht selbst zahlen. Wie die Gegenfinanzierung genau ausschaut, war Sache der Politik. Und wenn die Politik jetzt zu wenig einnehmen sollte, dann kann ich nur eines sagen: Wir haben detaillierte Vorschläge gemacht für die Besteuerung von großen Vermögen und Millionen-Erbschaften. Die müsste man dann eben umsetzen.

STEUERN SIND WICHTIG UND NOTWENDIG

Steuern sind nichts, was einem vom Staat einfach böswillig weggenommen wird. Wir alle bekommen für unsere Steuern etwas zurück: Schulen, Straßen, Kindergärten, Krankenhäuser, sozialen Wohnbau, öffentliche Verkehrsmittel und vieles mehr. All das wird durch Steuern finanziert, und ist wichtiger Bestandteil des Sozialstaates. Deshalb geht es den Gewerkschaften nicht darum, die Steuern insgesamt zu senken, sondern sie neu zu verteilen. Eine niedrigere Abgabenquote heißt weder, dass es den Menschen in einem Land besser geht, noch dass es wirtschaftlich erfolgreicher ist. Ein hohes Steueraufkommen ist notwendig, damit Sozialleistungen nicht gekürzt werden, sondern weiter ausgebaut werden können. Zum Beispiel gibt der Staat 8,5 Prozent für Bildung, Sport und Kultur aus, und einen von fünf Steuer-Euros investiert der Bund in soziale Sicherung und Gesundheit. Gut ausgebaute Sozialsysteme schaffen gesellschaftlichen Ausgleich, sie sollen möglichst allen Menschen die Teilhabe am sozialen Leben gewährleisten. Gäbe es in Österreich keine Sozialleistungen und wäre die Einkommensverteilung in Österreich zur Gänze dem Markt überlassen, so wären 44 Prozent der Menschen in Österreich armutsgefährdet.



Eine Information von **OGB** **AK** ÖSTERREICH

LOHNSTEUERENTLASTUNG

FÜR ARBEITNEHMERINNEN PRO JAHR

Brutto-Verdienst monatlich	Ersparnis in € pro Jahr	Lohnsteuer verringert sich um
1.000,00	283	Steuergutschrift ¹
1.100,00	279	Steuergutschrift ¹
1.200,00	168	Steuergutschrift ²
1.300,00	284	57 %
1.400,00	382	46 %
1.500,00	476	42 %
1.600,00	590	39 %
1.800,00	793	37 %
2.000,00	873	30 %
2.200,00	900	25 %
2.400,00	929	21 %
2.600,00	983	19 %
2.800,00	1.143	19 %
3.000,00	1.304	19 %
3.400,00	1.470	17 %
3.600,00	1.493	16 %
3.800,00	1.516	15 %
4.000,00	1.539	14 %
4.600,00	1.608	12 %
5.000,00	1.519	10 %

Angaben ohne Gewähr

Grobe Übersicht der Lohnsteuerentlastung 2016 (Informationsstand bei Redaktionsschluss).

¹ Geringe Monatsbruttoeinkommen profitieren besonders von einer erhöhten Steuergutschrift von bis zu maximal 400 Euro pro Jahr.² Zusätzliche Entlastung, weil der/die ArbeitnehmerIn mit dem neuen Steuertarif noch nicht steuerpflichtig ist und in den Genuss der Steuergutschrift kommt.

JETZT AUF DEN LOHNZETTEL SCHAUEN!

FÜR MEHR INFORMATIONEN:

www.oegb.at/mitgliedwerden, www.soli.at, www.facebook.com/oegb.at,
twitter.com/oegb_at, www.instagram.com/soli.oegb

KOLUMNE

MEHR STEUERGERECHTIGKEIT



Das das Vertrauen in die Politik enden wollend ist, offenbart sich auch im Zuge der Steuerreform. Ich kann mich an keine Reform dieser Größenordnung erinnern, die bereits im Vorfeld derart skeptisch kommentiert wurde. Hier zeigt sich eines der größten Defizite heimischer Politik – Kommunikation. Keiner Regierungspartei ist es gelungen, dieses staatliche Reformpaket entsprechend zu verkaufen. In der „Solidarität“ versuchen wir, das nachzuholen. Mit fundierten Zahlen und seriöser Information zeigen wir, dass die ArbeitnehmerInnen die GewinnerInnen sind. Hier wurde ein wichtiger Schritt für mehr Steuergerechtigkeit gesetzt. Es gibt aber noch viel zu tun. Der Faktor Arbeit wird hierzulande hoch besteuert, im Gegensatz zu großen Vermögen und Erbschaften. Das trägt dazu bei, dass der Unterschied zwischen Arm und Reich immer größer wird, ein Phänomen, das mehrfach

*»Es gibt noch viel zu tun.
 Der Faktor Arbeit ist
 hierzulande hoch be-
 steuert, im Gegensatz zu
 großen Vermögen.«*

von OECD und Nationalbank kritisiert wurde. Diese Ungleichheit ist nicht nur ein moralisches Problem, sondern auch ein wirtschaftliches: Wenn immer mehr Menschen immer weniger Geld besitzen, gehen Konsum und Nachfrage zurück – dann investieren Unternehmen nicht, und das wiederum kostet Arbeitsplätze. Ein Teufelskreis, aus dem es einen einfachen Ausweg gäbe: eine Millionärssteuer.

Alexa Jirez, Chefredakteurin
 Ihre Meinung interessiert uns:
soli@oegb.at

JEDERZEIT APP TO DATE.

GRATIS
IM APP-STORE

PAUL PECH EMPFIEHLT:

Service-App, WetterService Plus-App und EventService-App – die praktischen Apps der Wiener Städtischen.

[f/wienerstaedtische](https://www.facebook.com/wienerstaedtische)

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP





© ÖGB Burgenland

YOUNION BURGENLAND HAT NEUEN VORSITZENDEN

Bei der vergangenen Landesdelegiertenkonferenz in Mattersburg hat die younion Burgenland (vormals GdG-KMSfB) ein neues Team für die kommenden fünf Jahre gewählt. Der 51-jährige Amtsleiter Gerhard Horwath aus

dem Mittelburgenland wurde einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden gekürt. Mit seinem Team will er eine Besoldungsreform im Kindergartenbereich verhandeln. Nulllohnstunden im Gemeindedienst lehnt er kategorisch ab. Der ArbeitnehmerInnenschutz im Gemeindebereich soll verbessert werden, außerdem setzt Horwath sich auch für eine betriebliche Pensionskassenvorsorge auf Gemeindeebene ein.

400 MITGLIEDER HATTEN LUST AUF KINO



© ÖGB Burgenland

Der ÖGB Burgenland zeigte bei Kinoabenden in Illmitz, Mattersburg und Oberwart die Gesellschaftssatire „Er ist wieder da“ mit Oliver Masucci, Christoph Maria Herbst und Katja Riemann. Im Anschluss daran hatten die TeilnehmerInnen des ÖGB-Kinoabends die Möglichkeit, gemeinsam über den Film zu diskutieren. Das Angebot, das für ÖGB-Mitglieder gratis war, nahmen rund 400 BurgenländerInnen an.

bfi Burgenland

1.000 PFLEGEHELPERINNE AUSGEBILDET

Der Beruf der Pflegehelferin/des Pflegehelfers ist einer der verantwortungsvollsten, weil sich die Menschen, die diese Hilfe brauchen, auf die fachliche Qualifikation und das nötige Maß an Menschlichkeit verlassen. Die BurgenländerInnen werden immer älter, der Bedarf an Personal im Pflegebereich steigt stetig. Dieser Tatsache trägt das bfi Burgenland seit mittlerweile 24 Jahren Rechnung. So lange bildet das Berufsförderungsinstitut nämlich bereits Frauen und Männer zu PflegehelferInnen aus. 1.000 haben bisher die Ausbildung in der Gesundheitsakademie in Jormannsdorf absolviert. Die Vermittlungsquote auf einen adäquaten Arbeitsplatz liegt in diesem Bereich burgenlandweit bei 98 Prozent. Fast alle KursteilnehmerInnen haben einen Job im Burgenland und vielfach im Heimatbezirk oder sogar in der Wohnsitzgemeinde bekommen, heißt es aus dem bfi Burgenland. Informationen unter: www.bfi-burgenland.at

KOMMENTAR /// Wolfgang Jerusalem, ÖGB-Landesvorsitzender Burgenland

MEHR PERSONAL FÜR DIE FINANZPOLIZEI



© ÖGB Burgenland

Die Erfahrung aus unserer Beratungstätigkeit zeigt, dass es in Branchen wie Landwirtschaft und Baugewerbe verstärkt zu Verstößen betreffend Lohn- und Sozialdumping kommt. Besonders betroffen davon sind ArbeitnehmerInnen aus Ungarn. Das Repertoire, dem sich die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern bedienen, um sich Geld zu sparen, ist groß: Teilzeit oder gar nicht angemeldet, keine Sonderzahlun-

gen, keine Bezahlung von Überstunden. Unter diesen Bedingungen ist es nicht besonders hilfreich, wenn der Finanzminister den wenigen burgenländischen FinanzpolizistInnen noch mehr Aufgabengebiete – noch dazu in anderen Bundesländern – überträgt. Wir brauchen eine funktionierende Struktur im Burgenland, die flächendeckende Kontrollen und auch Schwerpunktaktionen durchführen kann. Sonst ist das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping nichts weiter als ein zahnlöser Tiger im Kampf gegen die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen. Aber es sind ja nicht nur die Arbeitneh-

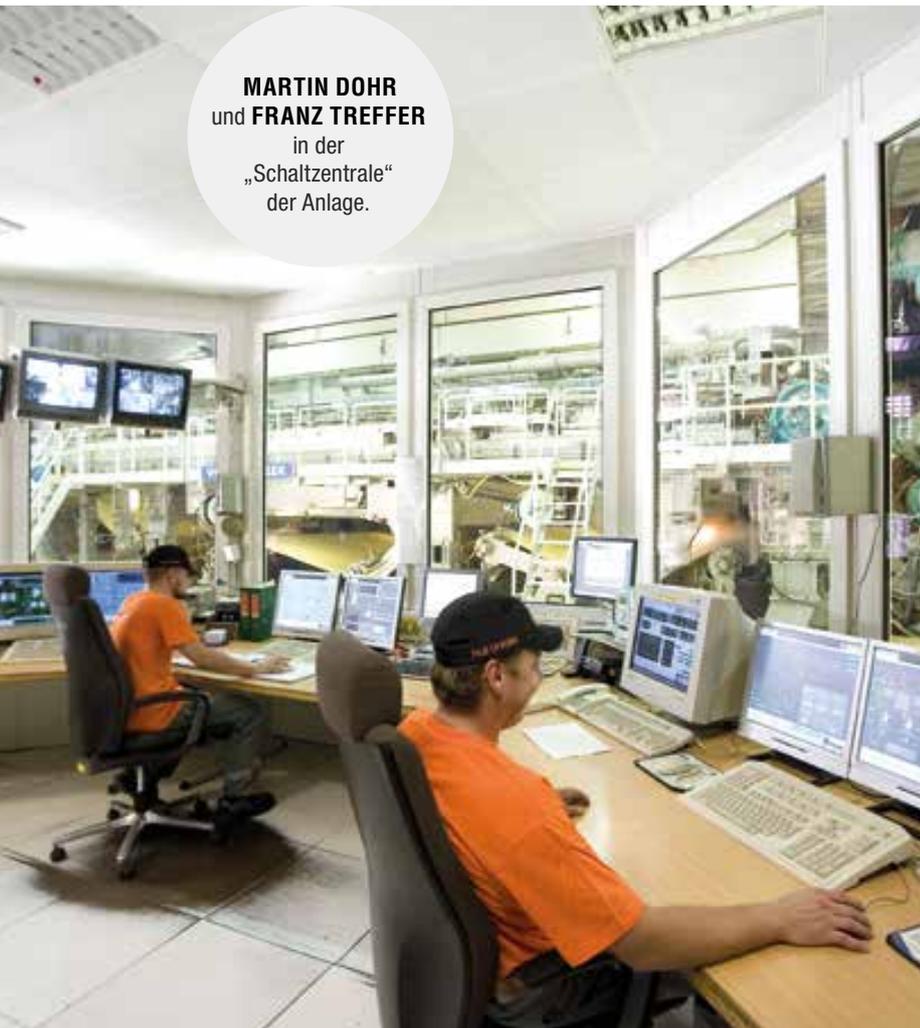
merInnen von Lohn- und Sozialdumping betroffen. Betroffen sind auch jene Arbeitgeber, die immer fair abrechnen und ordnungsgemäß Steuern zahlen. Außerdem reißen die Gelder, die entweder schwarz oder gar nicht ausbezahlt werden, ein Loch in unser Sozial- und Steuersystem. Steuern finanzieren zum Teil das Sozial- und Gesundheits- sowie das Bildungssystem. Davon profitieren alle. Das Personal bei der Finanzpolizei im Burgenland muss daher deutlich aufgestockt werden. Nur so ist ein fairer Arbeitsmarkt für alle Beteiligten möglich.



Voll automatisch

Text: Franz Fischill // Fotos: Michael Mazohl und Mondi AG

MARTIN DOHR
und **FRANZ TREFFER**
in der
„Schaltzentrale“
der Anlage.



Das Kärntner Lavanttal zeichnet sich durch gut ausgebildete Menschen aus. Ein Grund dafür, dass in der heutigen Marktgemeinde Frantschach-St. Gertraud die Papiererzeugung schon Tradition hat. 1881 wurde das Eisenhammerwerk in eine Zellstofffabrik umgebaut und 1894 die erste Papiermaschine in Betrieb genommen. Anfang des dritten Jahrtausends, genau im Jahre 2004, hielt die Globalisierung ins Lavanttal Einzug - damals übernahm der südafrikanisch-britische Konzern Mondi die Frantschach AG. Und es ist eingetreten, was niemand für möglich hielt: Die Konzernzentrale wurde nach Wien verlegt, die Forschungsaktivitäten in Frantschach gebündelt.

Produktion in 31 Ländern

Mondi produziert in 31 Ländern und beschäftigt rund 24.000 MitarbeiterInnen. Seit September 2015 gibt es einen Weltbetriebsrat, an dessen Spitze der Frantschacher Wolfgang Knes steht. Gewaltig geändert hat sich auch die Papiererzeugung selbst. Modernste Technik macht möglich, dass heute, vereinfacht beschrieben, auf der einen Seite die Holzschnitzen eingefüllt werden und hunderte Meter weiter das fertige Papier auf Rollen herauskommt. Dadurch



DIE PAPIERFABRIK liegt mitten in der walddreichen Region des Lavantales. Da die Produktion in einem geschlossenen Kreislauf stattfindet, der die Umwelt nicht belastet, hat sich rund ums Werk inzwischen auch der Tourismus entwickelt. Für die Bevölkerung eine zusätzliche Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen.

GANZ OHNE MENSCHEN geht es doch nicht. Klaus Krenn (links im Bild) und Herbert Weber gehören zu jenem Team, das dafür sorgt, dass die „Maschine“ regelmäßig gewartet wird, und das auch bei einem Gebrechen schnell zur Stelle ist. Sie sind, wie bei Mondi üblich, bestens ausgebildet und werden ständig geschult.

ist die Umweltbelastung gleich null, selbst die herausgefilterten Schadstoffe werden noch in Energie umgewandelt. Eine Folge der Vollautomatisierung ist, dass man in der riesigen Halle nur selten einen Menschen zu Gesicht bekommt. Gesteuert wird alles per Computer von nur wenigen Beschäftigten. Alles im allem, also inklusive Forschungsbereich und der Administration, sind in Frantschach rund 450 Menschen beschäftigt. Erzeugt werden mehr als 300.000 Tonnen extrem widerstandsfähiges Kraftpapier. Zementsäcke aus diesem Papier können unbeschadet starkem

»Mit unseren Gesundheitsprojekten setzen wir neue Maßstäbe.«

*Wolfgang Knes,
Vorsitzender des neuen Weltbetriebsrats*

Regen ausgesetzt werden. In die Mischmaschine gekippt, löst sich das Papier dagegen rückstandsfrei auf. Heute ist es vorwiegend die psychische Belastung, die den Beschäftigten zusetzt. Weder Betriebsrat noch Ge-

DIE AUSSENANSICHT des Werks lässt nur erahnen, dass dahinter Hochtechnologie für höchste Produktivität sorgt.





DIE TECHNIK IST TRUMPF bei der Produktion von den Mondi-ForschnInnen entwickeltem Kraftpapier.



schaftsführung schauen da untätig zu. In den nächsten Jahren sollen an allen österreichischen Standorten diverse Gesundheitsinitiativen starten. „Wir setzen damit wieder einmal eigene Maßstäbe“, stellt Knes klar, der auch Vorsitzender des Europabetriebsrats sowie Vorsitzender des Konzernbetriebsrats ist.

Seine Ambitionen Vorreiter zu sein, hat er bereits im September 2014 mit der Schaffung des Weltbetriebsrats unter Beweis gestellt.

Große Herausforderungen

Ziel ist es, bis 2020 an allen Standorten, wo Mondi vertreten ist, ein Betriebsrats-

system nach österreichischem Vorbild zu organisieren. Mondi-Werke gibt es in zahlreichen europäischen Ländern, aber auch in China, dem Oman, den USA und Malaysia. Insgesamt soll es dann 800 frei gewählte BetriebsrätInnen geben. Im obersten Gremium des Weltbetriebsrats werden aktuell 24 verschiedene Sprachen gesprochen.



WOLFGANG KNES mit seinem Betriebsratskollegen Klaus Stückler (links im Bild) vor dem Holzschnitzellager. Rechts das Mondikraftpapier auf Rollen.



AKTIONSTAG ZUM WEIHNACHTS- UND URLAUBSGELD



Amstetten, Hauptplatz. Der Weihnachtsmann, das Christkind und ein lustiger Trupp aus vielen AnhängerInnen machten sich auf den Weg, um die frohe Botschaft zu verkündigen. „Das

Weihnachtsgeld bringt die Gewerkschaft!“, riefen sie lautstark. Zum Leidwesen von Christkind und Weihnachtsmann. Denn spätestens jetzt wurde für viele dieses Missverständnis aus dem Weg geräumt: Kein Gesetz regelt die schon selbstverständlich gewordene und von vielen herbeigesehnte Finanzspritze. Das beweist, wie wichtig Gewerkschaften sind. Allein kann man wenig ausrichten, zusammen ist man stark. Denn auch wenn Weihnachten ist, der Arbeitgeber zahlt sowohl das 13. als auch das 14. Gehalt nicht aus reiner Nächstenliebe.

NEUE BANK FÜR WOHNBAU

Die Koalition versucht, die Probleme am Wohnungsmarkt mit einer Wohnbauinvestitionsbank in den Griff zu bekommen. Deren Errichtung wurde kürzlich im Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen beschlossen. Ebenfalls vereinbart wurden diverse Verbesserungen für BewohnerInnen geförderter Bauten. Die von

Bausparkassen und Wohnbaubanken getragene Investitionsbank soll zusätzlich zur Wohnbauförderung der Länder bis zu 700 Mio. Euro an EU-Mitteln kostengünstig und langfristig vergeben. Mit diesem Geld und weiteren rund fünf Milliarden Euro sollen binnen fünf bis sieben Jahren 30.000 leistbare Wohnungen errichtet werden.

Punsch für karitativen Zweck



BETRIEBSRAT SCHENKT AUS

Die BetriebsrätInnen von Fundermax und Isovolta engagieren sich auch außerhalb des Betriebes und zeigen damit ihr soziales Gewissen. Seit einigen Jahren schenken sie Punsch für einen karitativen Zweck aus und spenden die Einnahmen für soziale Einrichtungen in ihrer Region. Anfang Dezember machte sich eine motivierte Truppe ans Werk und bewies damit einmal mehr, dass der Einsatz für Menschen in Not nicht an den Werkstoren endet. Spenden in der Höhe von 3.300 Euro wurden gesammelt. Den Reinerlös ging dieses Mal an das Schwedenstift in Perchtoldsdorf. In dieser Einrichtung werden schwer behinderte Kinder betreut, denen man hoffentlich mit diesem Geld ein wenig Freude bereiten kann.

KOMMENTAR /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

GEMEINSAM STÄRKER ALS EIN EINSAMER KÄMPFER



© ÖGB NÖ

Das neue Jahr ist erst wenige Tage alt und doch gibt es gleich zu Anfang viel Neues zu berichten. Zuerst freuen wir uns für die Beschäftigten in diesem Land, die endlich die Steuerentlastung spüren werden. 900 Euro durchschnittliche Entlastung pro ArbeitnehmerIn werden ein Beitrag für eine stärkere Binnennachfrage sein. Uns allen muss jedoch bewusst sein, warum es

diese größte Lohnsteuerreform aller Zeiten überhaupt gegeben hat. Sie ist das Ergebnis starker Gewerkschaften, die durch eine sehr engagierte Unterschriftenkampagne bewiesen haben, dass man gemeinsam stärker ist als ein einsamer Kämpfer. Die Herausforderungen werden für uns alle nicht kleiner werden, gerade bei uns in Niederösterreich gab es im letzten Jahr eine Reihe von großen Firmenkonkursen, Betriebsschließungen bzw. massiven Stellenabbau (bauMax, Zielpunkt, Triumph, KBA), die nur dadurch abgemildert bzw.

gemeistert werden konnten, dass es BetriebsrätInnen, starke Gewerkschaften und eine top aufgestellte und kompetente Arbeiterkammer gibt. Aber es geht auch um die anderen wichtigen Themen unserer Zeit, wie etwa Bildung/Ausbildung und Arbeitsmarktentwicklung. Das sind ureigene Anliegen des ÖGB. Das gilt es nun jenen zu vermitteln, die bisher noch nicht dem ÖGB beigetreten sind. Die Vorteile eines starken ÖGB liegen auf der Hand, und ich bin mir sehr sicher, dass es uns gelingen wird, diese Vorteile auch zu vermitteln.



KÜNDIGUNG VIA WHATSAPP



Eine Zahnärztin kündigte ihre Mitarbeiterin über WhatsApp. Wie der Oberste Gerichtshof (OGH) kürzlich entschied, war die Kündigung aber ungültig.

von Amela Muratovic

An Kreativität mangelt es manchen Arbeitgebern definitiv nicht, wenn es darum geht, ungeliebte MitarbeiterInnen loszuwerden. Nun werden auch soziale Netzwerke dafür genutzt, wie ein Anfang Dezember 2015 veröffentlichtes Urteil der HöchststrichterInnen auf der OGH-Website zeigt.

Mit Stempel und Unterschrift

Eine österreichische Zahnärztin kündigte ihre Mitarbeiterin über den Messenger WhatsApp. Sie verfasste an die Klägerin ein Kündigungsschreiben, das sie mit Stempel und ihrer Unterschrift versah, fotografierte dieses und übermittelte das Foto noch am 31. Oktober 2014 über WhatsApp an ihre Mitarbeiterin. Die mit der Post verschickte Kündigung erhielt die Arbeitnehmerin erst im nächsten Monat, am 4. November. Wie der OGH nun entschieden hat, war die Kündigung über den Smartphone-Messenger aber ungültig. Ein über WhatsApp übermitteltes Foto des Kündigungsschreibens erfülle nicht das Schriftformgebot des Kollektivvertrags (KV), so die HöchststrichterInnen.

Zwei Monate Kündigungsfrist

Vor Gericht stritten die Zahnärztin und die ehemalige Angestellte dann um die Kündigungsfrist. Die Praxis-Mitarbeiterin war der Meinung, dass das Foto nicht als Kündigung gilt, weil es das im KV für Zahnarztangestellte stehende Formerfordernis der Schriftlichkeit nicht erfülle. Da sie die schriftliche Kündigung erst am 4. November erhalten hatte, stehe ihr – un-



ter Zugrundelegung einer Kündigungsfrist von zwei Monaten zum Monatsletzten – eine Kündigungsschädigung bis zum 31. Jänner 2015 zu.

Beweisfunktion

Das Erstgericht gab der Zahnarztgehilfin recht, die Berufungsinstanz dann der Arbeitgeberin. Nun stellte der OGH klar: Die Schriftform einer Kündigung besitze eine wichtige Beweisfunktion. „Ein bloß über WhatsApp auf das Smartphone des Empfängers übermitteltes Foto der Kündigungserklärung erfüllt die vorstehenden Zwecke schon deshalb nicht, weil es der Empfänger der Nachricht ohne weitere Ausstattung und technisches Wissen nicht ausdrucken kann.“

Durch die Nachricht nur auf dem Display sei nicht ausreichend gewährleistet, dass der Empfänger den Inhalt der Erklärung und die Person, von der sie ausgeht, hinreichend zuverlässig entnehmen könne.

(Quelle: www.ogh.gv.at)

RECHTSSCHUTZ

Als ÖGB-Mitglied haben Sie kostenlosen Anspruch auf Rechtsschutz und Rechtsberatung in arbeits-, dienst- und sozialrechtlichen Fragen.

Der Rechtsschutz deckt die Kosten für Anwältin oder Anwalt, Expertisen und Gerichtsverhandlung. Er besteht für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit beruflichen und gewerkschaftlichen Tätigkeiten.

Mehr Infos bei Ihrer zuständigen Gewerkschaft:
www.oegb.at/gewerkschaften



© 123rf.com

KINDHEITSTRAUM



BERUFUNG:

SCHNEEPFLUGFAHRER

„Als kleiner Bub habe ich jede Woche auf die Müllabfuhr gewartet und den großen Wagen bestaunt. Lkw-Fahrer wurde mein Traumberuf“, erzählt Goran Petrovic, der seit Oktober bei der Wiener MA 48 im Winter einen Schneepflug steuert und das restliche Jahr Bio-Müll transportiert. Zuerst lernte er Auto-mechaniker, dann wollte er Fernfahrer werden. Die Heirat und das erste Kind brachten ihn davon ab und er bewarb

sich bei der MA 48. Einen Schneepflug lenken ist nicht nur im Wiener Stadtgebiet Fingerspitzenarbeit. Ob Land, Stadt oder Autobahnen: Die Lenker stehen vor enormen Herausforderungen. Bis zu sechs Meter Spannweite haben die Pflüge bei der ASFINAG, die für die Räumung der Autobahnen zuständig ist. Im städtischen Bereich sind die Pflüge nur halb so groß oder sogar kleiner. Dafür, so erzählt Petrovic, geht es immer wieder um wenige Zentimeter, „und du kommst nicht durch, weil ein Pkw in die Fahrbahn ragt“. Der Schneepflug ist zugleich Streuwagen. Das Streugut, vorwiegend ein

spezielles Feuchtsalz, wird als feiner Film aufgetragen. Damit die Dosierung auch richtig eingestellt wird, gibt es vor jeder Wintersaison eingehende Schulungen. Zur Optimierung des Einsatzes sind die Fahrer via Funk miteinander und mit der Zentrale verbunden. Nicht mehr wegzudenken ist bei der Schneeräumung der meteorologische Dienst. Dessen punktgenaue Vorhersagen erleichtern den Einsatz. Petrovic stellt mit einem Lächeln fest: „Trotzdem können wir die Erwartung mancher AutofahrerInnen, auch im tiefsten Winter auf trockenem Asphalt zu fahren, nicht immer erfüllen.“

Das Recht auf gewaltfreies Leben

Trotz zahlreicher Verbesserungen in den letzten Jahrzehnten ist Gewalt an Frauen und Kindern noch immer tief in unserer Gesellschaft verwurzelt.



© ÖGB/Thomas Reimer

550 OPFER wurden 2014 vom Gewaltschutzzentrum Burgenland betreut. 85 Prozent von ihnen waren weiblich, die Täter waren in 91 Prozent der Fälle männlich. In etwa der Hälfte der Fälle waren die Opfer Ehefrauen oder Lebensgefährtinnen. Oftmals haben die im Haushalt lebenden Kinder unmittelbar miterlebt, wie ihre Mütter misshandelt wurden.

Gewaltschutzeinrichtungen

Frauen im Burgenland stehen nicht allein da. Es gibt mittlerweile mehrere Anlaufstellen für betroffene Frauen und ihre Kinder. Sie finden Schutz im Frauenhaus Burgenland sowie im Sozialhaus. In beiden Einrichtungen werden Frauen und Kinder stabilisiert, die Selbstständigkeit und Eigenständigkeit gefördert und gemeinsam neue Lebensperspektiven erarbeitet. Die Betreuung ist grundsätzlich kostenlos und anonym. Juristische Rechtsberatung für Frauen, Familienberatung sowie psy-

chosoziale Prozessbegleitung bieten die sieben Frauenberatungsstellen an.

Das Gewaltschutzzentrum in Oberwart unterstützt betroffene Personen unter anderem durch rechtliche und psychosoziale Beratung, durch Entscheidungshilfen für weitere Schritte sowie durch Hilfestellung bei Gerichts- und Behördenkontakten. Allein 2014 wurde bei 69 Gerichtsverfahren im Burgenland Prozessbegleitung durchgeführt.

Broschüre „Gewalt gegen Frauen“

Die Aktion „Gewalt gegen Frauen“ wird auch von den ÖGB-Frauen sehr begrüßt. Sie unterstützen Maßnahmen bzw. Einrichtungen, die Gewalt an Frauen verhindern und Opfern helfen. „Gewalt gegen Frauen tritt leider auch in der Arbeitswelt in vielfältiger Form auf. Gewalt beginnt bereits mit Beschimpfungen oder Herabwürdigung“, erklärt ÖGB-Landesfrauenvorsitzende Hannelore Binder.

Jugendfoto- und Zeichenwettbewerb

Die EU plant, das Jahr 2016 zum Europäischen Jahr gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen auszurufen. Deswegen gibt es einen Jugendfoto- und Zeichenwettbewerb mit dem Titel „Gewalt-Frei!“. Alle burgenländischen Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren sind herzlich eingeladen, ihre Fotos und Zeichnungen einzuschicken. Teilnahmeberechtigt sind auch burgenländische Schulklassen von der 9. bis zur 13. Schulstufe. Die Einreichunterlagen sind bis einschließlich 5. Februar 2016 beim Amt der burgenländischen Landesregierung, Referat Frauenangelegenheiten, Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt abzugeben. Unter post.frauen@referat@bgld.gv.at muss die Einreichung mit dem sichtbaren Vermerk „Gewalt-Frei!“ versehen werden.

WICHTIGE ADRESSEN

♦ Die Broschüre „Gewalt gegen Frauen – Das Gewaltschutzgesetz“ der PRO-GE-Frauen beinhaltet alle wichtigen Adressen und Telefonnummern unter denen betroffene Frauen in allen Bundesländern Österreichs Hilfe bekommen können. Die Broschüre kann kostenlos unter frauen@proge.at bestellt werden.

♦ Das Gewaltschutzzentrum in Oberwart ist unter 03352/314 20 oder unter www.gewaltschutzzentrum.at erreichbar.



JETZT WERTPAPIER-DEPOT NEU ERÖFFNEN, FONDS ZEICHNEN UND BONUS SICHERN.



**1%
NEUDEPOT-
BONUS**
bis max. € 500,-
(Mindestveranlagung
€ 10.000,-)



Holen Sie sich bis **29.2.2016 1% Neudepot-Bonus, max. € 500,-** bei Eröffnung eines BAWAG P.S.K. Wertpapier-Depots mit **mindestens € 10.000,- Veranlagungssumme** in Fonds der BAWAG P.S.K. Invest, ausgewählten Amundi Fonds und FondsSelect Fonds.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



Das Angebot gilt bis zum 29.2.2016 und richtet sich ausschließlich an natürliche Personen, die noch kein Wertpapierdepot bei der BAWAG P.S.K. besitzen. 1% des neu veranlagten Geldes, maximal € 500,-, werden Ihrem Depot-Verrechnungskonto bei der BAWAG P.S.K. nach dem 1.4.2016 gutgeschrieben. Als Basis für die Berechnung dienen die Wertpapierkäufe in BAWAG P.S.K., ausgewählten Amundi- und FondsSelect Fonds bis zum 29.2.2016. **Bei Verkauf der Wertpapiere innerhalb von 12 Monaten ab Kaufdatum behält sich die BAWAG P.S.K. das Recht vor, den ausbezahlten Neudepot-Bonus rückzuerrechnen.** MitarbeiterInnen der BAWAG P.S.K. und Post AG sind von dieser Aktion ausgenommen. Die Aktion gilt nicht in Verbindung mit Sonderkonditionen.

Marketingmitteilung iSd WAG 2007. Die Informationen stellen kein Angebot, keine Anlageberatung sowie keine Kauf- oder Verkaufsempfehlung dar und können ein individuelles Beratungsgespräch nicht ersetzen. Performanceergebnisse der Vergangenheit lassen keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Investmentfonds zu. Die veröffentlichten Prospekte und die Kundeninformationsdokumente (Wesentliche Anlegerinformationen) stehen Ihnen in deutscher Sprache kostenlos bei Verwaltungsgesellschaft, der BAWAG P.S.K. bzw. deren Filialen zur Verfügung.



Info-Abende

Themen- und Terminüberblick für das 1. Halbjahr 2016.

Wie in den Jahren zuvor veranstaltet der ÖGB auch heuer Informationsabende zu verschiedensten Themen. Anbei ein Themen- und Terminüberblick für das erste Halbjahr 2016. Die Veranstaltungen finden in der ÖGB-Zentrale (Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien) statt und sind für alle Interessierten offen. Beginn ist jeweils um 18 Uhr, Ende ca. 20 Uhr.

26.01.2016: „Hol dir dein Geld zurück“

23.02.2016: „Burn-out“

26.04.2016: „Was du unbedingt für den Ferialjob wissen solltest!“

31.05.2016: „Arbeit und Gesundheit“

28.06.2016: „Aktuelle Informationen zum Thema Pensionsrecht (ASVG)“

Anmeldung unter service@oegb.at oder 01/534 44-39100 möglich.

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»Ich bin bei den ganzen Expertenpapieren schön langsam ziemlich allergisch.«



Rudolf Hundstorfer,
Arbeits- und Sozialminister

Das wundert uns gar nicht: Ständig tragen selbst ernannte Pensionsexpertinnen und Pensionsexperten zur Verunsicherung der Bevölkerung in Österreich bei. Viele von ihnen vertreten dabei aber lediglich die Interessen der Privatversicherungs-Lobby. Fakt ist: Die Finanzierung der Pensionen steht

auf soliden Beinen. Das jüngste Gutachten der Pensionskommission prognostiziert einen geringeren Anstieg der öffentlichen Pensionsbeiträge im Vergleich zum Vorjahresgutachten. Die Bundeszuschüsse werden bis zum Jahr 2019 um rund sieben Prozent niedriger ausfallen als noch letztes Jahr erwartet.

NEU 2016

Fairere Arbeitsverträge



„Wer ab 1. Jänner einen Arbeitsvertrag unterschreibt, muss sich auf einige unfaire Klauseln nicht mehr einlassen“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Einige der am häufigsten vorkommenden Unsitten werden damit der Vergangenheit angehören, denn der Nationalrat hat einige wichtige ÖGB-Forderungen umgesetzt:



All-in-Verträge:

Bisher nützen viele Unternehmen undurchsichtige All-in-Klauseln dafür, um ihre Beschäftigten rund um die Uhr zur Verfügung zu halten, für die erbrachte Leistung aber zu wenig zu bezahlen. Ab 2016 muss der Grundlohn/das Grundgehalt für die Normalarbeitszeit klar ausgewiesen sein. Das bringt mehr Transparenz bzw. die De-facto-Abschaffung der All-in-Verträge.



Ausbildungskosten:

Arbeitgeber dürfen Ausbildungskosten bei Jobwechsel nur mehr vier Jahre lang zurückfordern; auch die Höhe der erlaubten Rückforderung sinkt mit jedem Monat.



Konkurrenzklauseln:

Nur mehr für ArbeitnehmerInnen, die mindestens 3.240 Euro brutto verdienen.



Lohn-/Gehaltszettel:

Einklagbares Recht auf monatliche Lohnabrechnung für mehr Transparenz und Kontrollierbarkeit.



Informationspflicht:

Teilzeitbeschäftigte müssen über freie Vollzeitstellen in Betrieben informiert werden.

ARBEITEN BEI KÄLTE

Der ÖGB gibt nützliche Tipps, wie Arbeit in der Kälte so wenig gesundheits-schädlich wie möglich gestaltet werden kann.

Kältearbeit gibt es häufig bei der Arbeit mit Nahrungsmitteln, in Kühlräumen – und natürlich auch im Freien. In erster Linie ist darauf zu achten, dass die Temperatureinflüsse so gering wie möglich gehalten werden. Im zweiten Schritt sind technische und organisatorische Maßnahmen (z. B. Aufwärmzeiten, Stapler mit beheizbarem Sitz etc.) zu treffen. Erst als letzte Möglichkeit hat der Einsatz der persönlichen Schutzausrüstung zu erfolgen. Sicherheitsfachkraft, ArbeitsmedizinerIn, Betriebsrat und Sicherheitsvertrauensperson sind einzubeziehen.

Kältearbeit im Freien

Wetter- und Kälteschutzkleidung müssen von den ArbeitgeberInnen zur Verfü-

gung gestellt werden. Wenn notwendig, muss auch eine Ausrüstung zum Wechseln vorhanden sein. Für die Schutzkleidung müssen gesetzliche Bestimmungen und Normen angewandt werden.

Wie lang?

Es gibt arbeitswissenschaftlich anerkannte Grenzwerte, die bei der Arbeitsplatzevaluierung heranzuziehen sind. Eine DIN-Norm teilt anhand der Lufttemperatur die Kältearbeitsplätze in fünf Kältebereiche ein und legt dazu die notwendigen Aufwärmzeiten fest. Zum Beispiel muss bei minus 22 Grad Celsius nach 90 Minuten Arbeitszeit mindestens 30 Minuten in einem wärmeren Bereich gearbeitet werden oder es sind Aufwärmepausen zu machen. Der wär-

mere Bereich muss, je nach körperlicher Belastung, eine Temperatur zwischen mindestens 12 °C und 25 °C aufweisen.

Beheizte Aufenthaltsräume

Bei tiefen Temperaturen kann zum Aufwärmen ein beheizter Arbeitsplatz/ Aufenthaltsraum erforderlich sein. Für BauarbeiterInnen sind Aufenthaltsräume mit mindestens 21 °C nötig, die Witterungsschutz bieten.

Mehr Info: www.gesundearbeit.at



Sporteln bei Kälte

Die Naturfreunde Österreich geben Tipps, wie das Training in der kalten Jahreszeit zu einem wohltuenden Erlebnis wird.

ES IST KALT, NASS UND STÜRMISCH und schnell sind Ausreden zur Hand, um die geplante Laufrunde zu verschieben. Um sich sportlich zu betätigen, bedarf es einer Extraportion Motivation, obwohl gerade Bewegung in dieser Jahreszeit sehr wichtig ist. Sie hilft, die Abwehrkräfte zu stärken, und ist für den Körper ein guter Ausgleich zum Alltag.

Die richtige Einstellung bringt's

Beim Trainieren werden jede Menge Endorphine ausgeschüttet, die Sie vor depressiven Winterverstimnungen und Müdigkeit bewahren. Studien zeigen, dass aktive Menschen weitaus seltener

an Erkältungen und Grippe erkranken als inaktive. Es ist auch nicht notwendig, täglich zu trainieren. Sporteln Sie nicht, wenn Sie sich nicht fit fühlen.

Was ziehe ich an?

Eng anliegende Funktionsunterwäsche gibt Feuchtigkeit sofort an die nächste Kleidungsschicht weiter. So haben Sie immer ein trockenes und warmes Gefühl auf der Haut. Schafwolle nimmt Feuchtigkeit auf, reguliert die Körpertemperatur und ist warm. Bei feuchter oder nasser Witterung ist eine wasserdichte und atmungsaktive Überbekleidung sinnvoll. Laufschuhe sollten nicht zu eng sein

und eine rutschfeste Sohle sowie ein wasserdichtes Obermaterial haben. Der empfindlichste Körperteil ist der Kopf, deswegen gehört er gut geschützt – dem Wetter entsprechend entweder mit einem Stirnband oder einer Haube.

Langsam auf Touren kommen

Bei nasskaltem Wetter müssen Ihre Muskeln, Sehnen, Bänder und Gelenke noch schonender behandelt werden als üblich. Sanftes Dehnen und Aufwärmen sind daher sehr wichtig. Nach dem Sport empfiehlt sich das Dehnen in warmer Umgebung und ein heißes Bad oder ein Saunabesuch.



Ein Kochbuch für Ute Bock

von Florian Kräftner

SAMMELN
und
NACHKOCHEN!

17

Jänner 2016

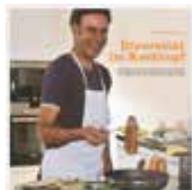


© Foto: Florian Kräftner/Illu.: Isabelle Carthou

Zutaten

Für 4 Personen:

- ▶ 5 Zehen Knoblauch
- ▶ Olivenöl
- ▶ 2 Esslöffel Tomatenmark
- ▶ 2 Dosen pürierte Tomaten
- ▶ Chili
- ▶ Essig
- ▶ Salz, Pfeffer
- ▶ 200 Gramm Nudeln
- ▶ 2 gelbe Zwiebeln
- ▶ Olivenöl
- ▶ 1 kleine Dose braune Linsen
- ▶ 150 Gramm Reis
- ▶ 1 Esslöffel Zitronensaft
- ▶ Salz, Pfeffer
- ▶ 1 kleine Dose Kichererbsen
- ▶ Zitrone



Zeinab Soliman:
Diversität im Kochtopf.
ÖGB-Verlag, 116 Seiten,
24,90 Euro

Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Koschary – Linsen, Reis und Kichererbsen aus Ägypten

Essen dient nicht nur der Ernährung, sondern kann auch Ängste abbauen und dazu beitragen, dass sich Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen besser verständigen können, meint Zeinab Soliman, die in bfi-Kursen mit MigrantInnen aus der ganzen Welt arbeitet. Sie hat nun Lebensgeschichten, aber auch Rezepte in einem Kochbuch gesammelt: Injera aus Äthiopien, Kabasa aus dem Jemen, Pao de Queijo, aber auch Kaiserschmarren und Kürbissuppe. Der Gewinn aus dem Buch kommt dem Verein „Ute Bock“ zugute.

Das folgende Rezept stammt von Abdallah, der 1998 aus Ägypten nach Österreich kam, um Jus zu studieren. Koschary besteht aus Linsen, Kichererbsen, Reis, Nudeln und Tomaten – und sehr dunkel gerösteten Zwiebelringen. Die lassen wir weg, denn die Geruchsentwicklung ist für Mittagspausen am Arbeitsplatz schlecht geeignet. Außerdem wurde das Rezept vereinfacht, damit es sich in der Mittagspause ausgeht. Abdallah greift im Originalrezept nicht

zu Blechdosen, er weicht die Hülsenfrüchte über Nacht ein und kocht selbst, so wie sich das gehört.

Knoblauch fein schneiden. In Olivenöl dünsten. Er darf keine Farbe bekommen, sonst wird er bitter. Tomatenmark mitbraten, mit pürierten Tomaten aufgießen, mit Essig, Salz, Pfeffer und Chili würzen. Etwa 20 Minuten köcheln lassen. Währenddessen Wasser für die Nudeln zum Kochen bringen. Für den Linsenreis Zwiebeln fein schneiden, in Olivenöl anbraten. Reis und Linsen dazutun, mit Wasser (bei den meisten Reissorten: doppelt so viel wie Reis) aufgießen, Zitronensaft dazugeben – dadurch nimmt der Reis die dunkle Farbe der Linsen nicht an. Salzen, pfeffern. Schwach köcheln lassen. Parallel dazu die Nudeln im Wasser bissfest kochen. Dann alle Zutaten auf Tellern übereinanderschichten: zuerst den Linsenreis, dann die Nudeln, Kichererbsen und Tomatensauce. Und im Optimalfall auch noch dunkel geröstete Zwiebelringe.





NEUES ARBEITNEHMERINNENZENTRUM

ÖGB Niederösterreich zieht um und ist ab Februar in St. Pölten.



© ÖGB Niederösterreich

DIE NEUE ZENTRALE des ÖGB Niederösterreich und der AK Niederösterreich in St. Pölten ist nahezu fertig. Auch die neue Adresse „AK-Platz 1“ steht nunmehr fest. ÖGB-NÖ-Vorsitzender Markus Wieser, St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler und AKNÖ-Direktor Helmut Guth überzeugten sich bei ei-

ner Begehung des neuen Gebäudes von der Qualität und der Einhaltung des Zeitplans der Bauarbeiten, die reibungslos verliefen.

Einrichtung aus Österreich

Bis zum 7. Jänner 2016 sollen die Bauarbeiten im Haus abgeschlossen sein. Dann erfolgt die Einrichtung des neuen Gebäudes. Die Büro- und Konferenzmöbel kommen von heimischen Anbietern, ein wesentlicher Teil von der Firma Svoboda aus St. Pölten. „Es freut mich, dass sich die Gemeinde für unseren Vorplatz des ArbeitnehmerInnenzentrums den Namen AK-Platz entschieden hat. Ein neuer Name, der den Aufbruch in diesem Stadtteil signalisiert. Und ein einprägsamer Name für eine Adresse, die sich die St. PöltnerInnen sicher rasch merken werden. Denn

ACHTUNG

Ab 15. Februar – neue Adresse
ÖGB Niederösterreich
AK-Platz 1
3100 St. Pölten

hier kann zusätzlich zu unserer kompetenten und zuverlässigen Beratung auch gerne unser Veranstaltungszentrum besucht werden“, sagte Wieser.

Mitte Februar geht es los

Am 15. Februar geht das ArbeitnehmerInnenzentrum (ANZ) in Vollbetrieb, alle Beratungen der AKNÖ und des ÖGB NÖ finden ab dem Zeitpunkt im neuen Haus statt. Im ANZ werden neben der Arbeiterkammer NÖ und dem ÖGB NÖ auch das bfi und das AMZ angesiedelt sein.

RESOLUTION DES ÖGB NIEDERÖSTERREICH

Der erweiterte Landesvorstand des ÖGB NÖ hat in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Resolution verabschiedet, die aus vier Punkten besteht.

1. Lohnsteuerreform 1:1 umsetzen

Ab 1.1.2016 kommt es zur Umsetzung der von ÖGB und Arbeiterkammern durchgesetzten Lohnsteuerreform mit deutlichen Entlastungen bei der Lohnsteuer. Dieser für die österreichische Binnennachfrage enorm wichtige Impuls darf weder gefährdet noch relativiert werden.

2. Keine Pauschalverurteilung von MindestsicherungsbezieherInnen

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein sozialpolitischer Meilenstein. Damit legen wir die Mindeststandards für ein menschenwürdiges Leben fest. Zugleich verknüpfen wir diese Absicherung mit den Grundsätzen des Förderns und Forderns. Der Bezug ist schon heute an strenge Bedingungen geknüpft. Der ÖGB NÖ verwehrt sich gegen jede Form von Pauschalverurteilung dieser Menschen und unterstützt alle Arbeitsmarktoffenen, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

3. Kollektivverträge und Mindestlöhne einhalten

Aktuellen Diskussionen über Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen außerhalb der Kollektivverträge und den damit geltenden Mindestlöhnen erteilt der ÖGB NÖ eine deutliche Absage. Der ÖGB NÖ steht zudem hinter der Forderung der Fachgewerkschaften, einen flächendeckenden kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro einzuführen.

4. Pensionsreform wirken lassen

Wie die Kommission zur langfristigen Pensionssicherung feststellte, werden die notwendigen Zuschüsse des Bundes zu den Pensionen spürbar geringer ausfallen als ursprünglich prognostiziert. Das zeigt, dass die vielen Details der Pensionsreform zu wirken anfangen. Der ÖGB NÖ spricht sich daher gegen jede Art der Verunsicherung der Bevölkerung und der Polemik gegen ExpertInnen der Kommission aus.

VORSICHT: HASSPOSTINGS MIT FOLGEN

Immer öfter sind Hasspostings in den sozialen Netzwerken wie etwa Facebook zu lesen. Dabei übersehen UserInnen oft, dass ihr Handeln auch arbeitsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Die kürzlich bekannt gewordene Entlassung eines Lehrlings bei Porsche und die einvernehmliche Auflösung des

Dienstverhältnisses einer Führungskraft bei Spar zeigen, dass gehässige Kommentare schwerwiegende berufliche Folgen haben können, die gerechtfertigt wären. In der Freizeit geschriebene Hasspostings können dann zu Abmahnung, Kündigung oder Entlassung führen, wenn der/die ArbeitnehmerIn dadurch generell vertrau-

ensunwürdig erscheint, das Posting derart menschenverachtend ist, dass eine Weiterbeschäftigung unzumutbar ist, oder das Unternehmen durch die Äußerung geschädigt wird. Neben arbeitsrechtlichen Folgen können Hasspostings auch strafrechtliche Konsequenzen haben, wenn der Inhalt beispielsweise hetzerisch ist.

Mehr unter: www.gpa-djp.at

BUCHTIPP

MENSCHENRECHTE ALS ANTWORT AUF DIE WACHSENDE UNGLEICHHEIT



Wenn von den Menschenrechten die Rede ist, geht es meistens um die politischen Bürgerrechte. Unter den Tisch gekehrt wird gerne, dass es auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte gibt, die – mit Ausnahme der USA – von allen Staaten anerkannt wurden. Die müssten durchgesetzt werden, meint Manfred Nowak, Menschenrechtsexperte und früherer UNO-Sonderberichterstatter. Durch die neoliberale Wende seit den 1980er-Jahren seien die sozialen Rechte in Vergessenheit geraten, Arm und Reich klaffen immer weiter auseinander. Die Folge:

Krisen, Terror, Drogen ... Es sei nun Pflicht und Verantwortung der Staaten, „die wachsende Ungleichheit durch entsprechende Sozial- und Umverteilungsmaßnahmen wie progressivere Einkommens-, Vermögens-, Schenkungs- und Fi-

»WACHSENDE UNGLEICHHEIT VERLETZT EINE REIHE VON MENSCHENRECHTEN, UND ZWAR NICHT NUR DAS RECHT AUF GLEICHHEIT, SONDERN AUCH DIE RECHTE AUF SOZIALE UND PERSÖNLICHE SICHERHEIT, GESUNDHEIT UND EINEN ANGEMESSENEN LEBENSSTANDARD.«

nanztransaktionssteuern und direkte soziale Transferleistungen für besonders benachteiligte Gruppen zu bekämpfen“ – und nicht den Sozialstaat zurückzufahren und Pensionssysteme zu privatisieren.

Manfred Nowak:
Menschenrechte

Edition Konturen,
176 Seiten, 24 Euro
Bestellen:

www.diefachbuchhandlung.at

IMPRESSUM

Herausgeber:
Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.
Medieninhaber:
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at
Herstellerein:
Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21.
Verlagsort:
Wien.
Herstellungsort:
Neudörfel.
Chefredaktion:
Alexa Jirez.
Kaufmännische Leitung:
Christoph Höllriegel.
Chefin vom Dienst:
Amela Muratovic.
AutorInnen:
Florian Kräftner, Katja Dämmrich, Franz Fischill, Carmen Janko (ÖÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Lisa Siutz (Kärnten), Bernt Neumann (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark).

Artredaktion & Grafik:
Natalia Nowakowska, Walter Schauer.
Illustrationen:
Isabelle Carhoun, Hannes Kiengraber.
Titelbild:
NurPh / Rex Features / picturedesk.com
Anzeigen:
Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at.
Sekretariat:
Sonja Adler.
Lektorat:
Karin Flunger.
Redaktionsadresse:
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli
Bildnachweis Cover unten, Mitte: HERBERT NEUBAUER / APA / picturedesk.com
Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.soli.at/offenlegung
Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
ZVR-Nr.: 576439352 DVR-Nr. 0046655



■■■■ F ■■■■ S ■■■■
FALTE ■ SESAM ■
FAHRKARTE ■
GRUEN ■ M ■ AGB ■
I ■ R ■ KERKER ■
KAMPEN ■ E ■ O ■
WARE ■ L ■ STAD ■
■ M ■ M I ■ STEN ■
HAMAM ■ I ■ ZH ■
AT ■ R ■ BEZAU ■
AUTOZUG ■ HP ■
GRAD ■ BEULE ■

WO KREUZ T



Verlost werden drei Exemplare des Ratgebers "Stress und Burnout" von Astrid Fadler.

--	--	--	--	--	--	--

1 2 3 4 5 6 7

Lösung bitte einsenden an:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 12. Februar 2016

Seidenstoff	Vorname der Albach-Retty †	Reiseausrüstung		ugs.: herbei	süßes Nahrungsmittel	Abk.: anhängend	Wintersportgerät		Stadt u. Fluss in Österreich	Abk.: Normalnull
	7						Männerkurzname Augenprüfung			
österreich. Studentenbund (Abk.)				Nonsens						
Teil des Rades					3			Ausruf des Verstehens		Abk.: Satellit
			1	ugs.: knusprig		österreich. Unterwasserfilmer †				
österreich. Dichter (von ...) † 1906	österreich. Heldentenor (Leo) †		Tiroler Ortsname					4	Himmelsrichtung	
ugs.: Maulwurf				6		engl.: Östfen Stadt an der Elbe				
			Teil der Bergsteigerausrüstung		Kfz-Z. Krems a. der Donau/NÖ			Berührungsverbot		kurz: Religionsunterricht
Scherz, Spaß		Schwellenunterlage (Bahn), Kw. e. öst. Presseagentur							2	
dickflüssig					Abk.: Wetteramt		Abschiedsgruß			
Abk.: American Petroleum Institute				Rückgratknochen						
Operettenkomponist † 1953						5	Hochschule (Kurzwort)			
										s1112-34

DIE SCHATTENSEITE DER LOHNSTEUERSENKUNG 2016:
MEHR GELD FÜR DEN ALLTAG!



NEIN WALTER!
GANZ BESTIMMT BRAUCHST DU
KEINE ANTIKE **TIKI-STATUE**
MIT **RADIOWECKER-FUNKTION**
FÜR DAS VORZIMMER!



STARK GEMACHT.

LOHNSTEUER GESENKT

Endlich mehr Geld. Der ÖGB sagt Danke für über 880.000 Unterschriften!



JETZT AUF DEN LOHNZETTEL SCHAUEN!

ÖGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

www.oegb.at/mitgliedwerden

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank